



Silke Gardlo

Silke Gardlo
Fraktionsvorsitzende

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

der Haushalt 2020 für die Region Hannover ist am Dienstag in der Regionsversammlung verabschiedet worden.

Mit diesem Newsletter möchten wir Sie über eine Reihe wichtiger Ergebnisse informieren.

Viel Spaß beim Lesen.

**Frohes
Fest**



**Die SPD-Regionsfraktion Hannover
wünscht allen Mitbürgerinnen und
Mitbürgern frohe Weihnachtstage und
ein gesundes und erfolgreiches
Jahr 2020.**



Haushalt 2020 - Regionsversammlung folgt SPD-Vorschlag zur Regionsumlage

Die Region braucht ihre Städte und Gemeinden und die Regionalkommunen brauchen die Region. Wir unterhalten vielschichtige Beziehungen zueinander und haben gemeinsam auch zukünftig große Räder zu drehen. Dies gilt z.B. für den Klimaschutz, die Verkehrswende, die Gesundheitsvorsorge und die Schaffung von Wohnraum – um nur einige zu nennen.

Kein anderes Thema aber hat die diesjährigen Haushaltsplanberatungen im Vorfeld so sehr geprägt,

wie die Frage der Regionsumlage. Verwaltung und Politik haben in vielen Gesprächen versucht, die unterschiedlichen Vorstellungen von Region und Regionalkommunen zusammenzuführen. Ein Einfluss der Kommunen auf die Haushaltsaufstellung der Region war dabei für uns nie eine Option. Die SPD-Fraktion hatte vielmehr immer das Ziel im Blick, einen Kompromiss zu finden, der für beide Seiten tragbar ist.

So ist die Regionsversammlung mehrheitlich un-

serem Antrag gefolgt, die Hebesätze so zu senken, dass die Regionsumlage nicht mehr als 768 Mio. Euro beträgt. Zusammen mit der weiteren Entlastung in Form einer Einmalrückzahlung in Höhe von rund 28 Mio. Euro werden die Regionalkommunen damit in einem Gesamtvolumen von voraussichtlich rund 59 Mio. Euro entlastet.

Dieser Vorschlag, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner eingebracht haben, wahrt die finanziellen Handlungs-

spielräume der Region Hannover und entlastet die Regionalkommunen. Er berücksichtigt damit gleichermaßen den Finanzbedarf sowohl der Region Hannover als auch der regionsangehörigen Städte und Gemeinden.

Wir freuen uns also darüber, dass unser Vorschlag offenbar dazu beigetragen hat, die Wogen zu glätten und die Beziehungen zwischen Region und Regionalkommunen wieder in ruhigeres Fahrwasser zu bringen.

Schwerpunkte unserer Haushaltsanträge

Umwelt und Klimaschutz

Für uns bleibt die Klimawende ein vorrangiges Ziel der Region. Deshalb wollen wir den von der Regionsversammlung mit großer Mehrheit beschlossenen „Klima in Not“-Antrag auch mit ausreichend finanziellen Mitteln hinterlegen. Hierfür stellen wir bis 2023 verbindlich insgesamt 15 Mio. Euro bereit. Die Verwaltung soll für die Maßnahmen ein entsprechendes Umsetzungskonzept vorlegen, in dem Bearbeitungsschritte und der Finanzierungsbedarf unter Berücksichtigung von Fördermitteln und Aufgabenträgerschaft dargestellt werden.

Wie in den letzten Jahren wollen wir das bewährte Instrument des Vertragsnaturschutzes fortführen bzw. ausweiten. Zur Verbesserung der Biodiversität und als Klimaschutzmaßnahme erweitern wir das Programm um die Weidetierhaltung.

Wir wollen zusätzlich ein Förderprogramm zum Erhalt der biologischen Vielfalt als Unterstützung für Kommunen und private Haushalte auflegen. Gefördert werden sollen das Anlegen von Blühstreifen und Bepflanzungen von Dach- und Wandflächen. Davon sollen nicht nur die Kommunen, sondern auch Private, profitieren. Auch dies ist ein Beitrag gegen das Artensterben von Insekten und die zunehmende Flächenversiegelung. Dafür werden im Haushalt 200.000 € bereitgestellt.

Für die Umsetzung des Klimaschutzanpassungsgesetzes wollen wir gerade im Hinblick auf Grundwasserschutz zusätzliche Mittel in Höhe von 100.000 € bereitstellen.

Verkehr und Mobilität

Im Verkehrsbereich stehen die Thematik der Mobilität

und damit auch die Verbesserung der Barrierefreiheit im ÖPNV im Vordergrund: Dazu gehören die Nachrüstung von Hochbahnsteigen an den Haltestellen der Stadtbahn sowie die Fortsetzung des Ausbaus von Bushaltestellen. Wir wollen mit unseren Anträgen darüber hinaus u.a. das Umsteigen von PKW auf den ÖPNV bzw. auf das Fahrrad unterstützen.

Für die überaus erfolgreich genutzte Jugendnetzkarte (GVH-SparCard) soll der Berechtigtenkreis auf alle Auszubildende erweitert werden. Damit sollen nicht nur die jungen Menschen, die eine schulische Ausbildung machen, in den Genuss des Tickets kommen, sondern auch die, die sich in einer Ausbildung im dualen System befinden.

Wir wollen aber nicht nur für junge Leute etwas tun, sondern auch ältere Menschen motivieren, den ÖPNV verstärkt zu nutzen. Dafür soll geprüft werden, wie die heutige Senioren-Monatskarte auch als personenbezogene Monatskarte mit den Namen von Ehepaaren und Lebenspartnerschaften zu erwerben wäre. Das würde eine gewisse Rabattierung auf eine Karte mit zwei Namen anstatt zwei Einzel-Monatskarten bedeuten.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns eine klimafreundliche Antriebstechnik der Busse unserer Verkehrsbetriebe. Dazu wollen wir für die Anschaffung von zwei mit Wasserstoff-Brennstoffzelle-angetriebenen Bussen, einschließlich der erforderlichen Tankstelle, die entsprechende Förderung beim Bund beantragen.

Das bereits geplante automatisierte Parkhaus für Fahrräder in Wunstorf soll Vorbild für weitere Parkhäuser dieser Größenordnung sein.

Deshalb wollen wir diese an zentralen Orten und dort, wo ein entsprechender Bedarf besteht, errichten. Damit soll die Motivation, mit Fahrrad und Bahn zu fahren, deutlich erhöht werden. Dafür stellen wir in der Mittelfristplanung 10 Mio. Euro bereit.

Der Ausbau des Radwegenetzes in der Region Hannover hat für uns oberste Priorität. Besonders die Anbindung einzelner Ortschaften im Umland zu den Stationen von Bus und Bahn steht dabei im Vordergrund.

Als Ergänzung dazu soll eine Fahrrad-App entwickelt werden, die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und die Entfernung bis zum Bahnhof bzw. zur Haltestelle anzeigt. Die App soll kompatibel mit den bereits bestehenden bzw. in der Entwicklung befindlichen Apps zur Naherholung und zum Freizeitverkehr sein.

Wirtschaft und Beschäftigung

Große Bemühungen setzten wir auf den weiteren Ausbau der Breitbandversorgung in der Region Hannover und die Glasfaseranbindung für alle Schulen, die sich in der Trägerschaft der Region Hannover befinden.

Dafür wollen wir das gemeinsam mit der Politik und Akteuren aus Wirtschaft, Verbänden, Kammern und Bildungseinrichtungen erarbeitete Strategie- und Kooperationskonzept „Arbeit 4.0“ mit entsprechenden Projekten umsetzen. Für die nächsten drei Jahre sollen dafür insgesamt drei Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Wirtschaftsförderung und Klimaschutz sind dabei für uns kein Widerspruch. Im Gegenteil: zur Erreichung der Klimaschutzziele ist es wichtig, Maßnahmen zur Verbesserung



Die Fraktionsvorsitzende Silke Gardlo bei ihrer Haushaltsrede

ressourcenschonender Produktionsprozesse vorzunehmen. Das wollen wir mit unseren Anträgen u.a. durch Beratungen von klein- und mittelständischen Unternehmen sowie der Entwicklung von neuen Fertigungsprozessen unterstützen.

Fortgeführt werden sollen u.a. die Projekte „Digital Readiness Check“ als passgenaue Beratungsprogramme für klein- und mittelständische Unternehmen auf dem Weg zu ihrer digitalen Transformation und das „Social Innovation Center“, das hilft tragfähige Gründungsideen und Geschäftsmodelle mit sozialem und gesellschaftspolitischem bzw. gemeinwohlorientiertem Bezug professionell umzusetzen. Dafür wird die Zusammenarbeit der verschiedenen Netzwerkakteure organisiert.

Wie schon in diesem Jahr soll die Weiterentwicklung des Wissenschaftsparks und Forschungscampus Marienwerder/Garbsen als ein weiterer Schwerpunkt vorangerieben werden.

Gleichstellung

Wir wollen, dass die Region Hannover beim Thema Gleichstellung weiter mit gutem Beispiel vorangeht und ihrem Ruf als moderne Verwaltung weiterhin gerecht wird.

Schwerpunkte unserer Haushaltsanträge

Deshalb möchten wir separate Ruhe- und Wickelräume für Kundinnen und Kunden sowie Ruheräumlichkeiten für schwangere Mitarbeiterinnen bei Neu- und Umbauten von Regionsgebäuden schaffen. Durch diese Maßnahmen wird die Lebenssituation für junge Familien in den Servicebereichen und für schwangere Mitarbeiterinnen an ihren Arbeitsplätzen ganz konkret verbessert.

Soziales und Gesundheit

Schwerpunkt im sozialen Bereich ist der Erhalt und Ausbau von Strukturen, die dafür sorgen, dass in unserer Region alle Menschen die Chance auf eine gute Zukunft haben.

Für wohnungslose Menschen wollen wir das niedrigschwellige Angebot des Kontaktladens „Mecki“ sichern und weiterentwickeln. Dazu sollen in einem ersten Schritt Gespräche mit den Kooperationspartnern über die konzeptionelle Ausrichtung und die finanzielle Beteiligung geführt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist dieses Jahr die pflegerische und medizinische Versorgung. So setzen wir uns für einen weiteren Senioren- und Pflegestützpunkt in der Region ein. Und es soll geprüft werden, ob das Diakoniewerk Kirchröder Turm e.V. nachhaltig in das Pflegeangebot der

Region eingebunden werden kann.

Rettungswesen und Feuerwehr

Um Notaufnahmen zu entlasten, lassen wir gleichzeitig evaluieren, ob Gemeindefallsanitäter – wie im Oldenburger Land – auch bei uns eingesetzt werden können.

Neben anderen Maßnahmen rufen wir zur Unterstützung der Feuerwehr eine neue Förderrichtlinie für Mannschaftstransportwagen ins Leben, damit Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen zu ihren Einsätzen nicht mehr mit dem privaten Fahrzeug nachfahren müssen.

Kultur

Schließlich sorgen wir mit der Förderung des Hermannshofs für Erhalt und Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt im Umland.

Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit

Das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit zeigt zwar Wirkung, aber immer noch haben wir in der Region junge Menschen ohne Arbeit und Ausbildung. Um ihnen zu einer beruflichen Perspektive zu verhelfen, haben wir weitere 250.000 € in den Haushalt eingestellt.

Neuausrichtung der Förderstruktur von Frauenberatungsstellen



Cornelia Busch | Gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion

Die Regionsversammlung hat in ihrer letzten Sitzung die Neuausrichtung der Förderstruktur von Frauenberatungsstellen in der Region Hannover beschlossen. Damit kommt ein aufwendiger und konstruktiver Arbeitsprozess zum Abschluss, der die flächendeckende Versorgung von Frauenberatungsstellen zum Ziel hatte und maßgeblich von der SPD initiiert wurde.

Das vorliegende Ergebnis ist durchaus beeindruckend: Insgesamt 16 von 21 Kom-

munen beteiligen sich vertraglich. Kürzlich konnte auch mit Springe ein Vertragsabschluss erzielt werden, was uns sehr freut. Mit der Neuausrichtung erhöhen Region wie Kommunen ihre finanziellen Anstrengungen im Bereich der Frauenberatung. Diese zusätzlichen Mittel fließen in die Aufstockung von Personal, den Ausbau der Sprechzeiten, die Angebotsvielfalt und die Präventionsarbeit.

Einen großen Erfolg stellt die Entwicklung einheitlicher

Qualitätsstandards dar, deren Einhaltung für die Frauenberatungsstellen vertraglich geregelt ist und eine bessere Überprüfbarkeit der Qualität der Beratungsangebote ermöglicht.

Mit der vorliegenden Drucksache wird ein zukunftsfähiges Beratungsnetzwerk zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen auf den Weg gebracht. Die Region setzt damit ein deutliches Signal: Gewalt gegen Frauen hat hier keinen Platz!

Es war einmal vor 45 Jahren



Jürgen Buchholz | Sprecher für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten der SPD-Regionsfraktion

Alle Jahre wieder ist Weihnachten und alle paar Jahre wieder scheinen wir in der Regionsversammlung darüber diskutieren zu müssen, ob die Bürgerinnen und Bürger in den so genannten Altkreisen wieder ihre alten Autokennzeichen führen dürfen. So auch in der letzten Regionsversammlung des Jahres 2019 auf Antrag der FDP-Fraktion.

Nach Fortschritt und zukunftsorientierter Politik hört sich dieser Ruf nach der

Wiedereinführung der mit der Gebietsreform 1974 – also vor 45 Jahren – abgeschafften Kennzeichen nicht an.

Außerdem würden von einer solchen Regelung mit Burgdorf, Neustadt am Rübenberge und Springe nur drei Regionskommunen partizipieren. Was ist mit den anderen 17 Kommunen?

Die SPD-Regionsfraktion ist der Ansicht, dass der zu erwartende bürokratische Aufwand einer Wiederein-

führung in keinem Verhältnis zum Nutzen steht und dass es weit wichtigere Themen in der Region Hannover gibt. Und so hoffen wir, dass uns dieses Thema zukünftig erspart bleibt.



Wolfgang Toboldt | Abfallwirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion

Scheinbar kein Thema erregt die Gemüter unserer Bürgerinnen und Bürger so wie das Abfallthema, wenn irriger Weise geglaubt wird, es gehe nun dem alten Sack für den Restmüll an den Kragen.

Ich darf erinnern, dass SPD und CDU für diese Wahlperiode vereinbart haben, dass der Restmüllsack erhalten bleibt.

Das heißt aber nicht, dass die Abfallgebührensatzung nicht gerichtsfester – ich sage ausdrücklich „gerichtsfester und nicht gerichtsfest oder rechts-sicher“ – gemacht werden kann und die Kosten nicht sachgerechter verteilt werden können.

In diesem Sinne haben SPD und CDU bereits vor etwa einem Jahr begonnen, über Alternativen bei der Bemessung nachzudenken. Als relativ rechts-sicher haben Gerichte die Bemessung rein nach Volumen geurteilt, weil nur ein Faktor bei der Bemessung eine Rolle spielt. Erste Schätzungen von aha im letzten Jahr ergaben, dass sich die Gebühren nur geringfügig verändern würden. Aus diesem Grund haben SPD und CDU dies als möglichen Bemessungsmaßstab angesehen und diesen sowie

weitere unserer Ansicht nach notwendige Service-ergänzungen und Konzept-entstellungen in unserem Antrag vom Juni 2019 gefordert. Etwa parallel dazu hat aha im Jahre 2019 über ein unabhängiges Institut 3600 Stichproben zum Gewicht in verschiedenen Behältern zu verschiedenen Jahreszeiten in Umland und Stadt Hannover durchführen lassen. Der Bemessungsmaßstab „Volumen mal dem spezifischen Gewicht“ wird bislang von den Gerichten ebenfalls anerkannt, allerdings muss eine ausreichende Anzahl von Stichproben vorliegen. Laut Beratungsfirma müssten dies ca. 870 pro Jahreszeit (Herbst und Frühjahr zählen als eine Jahreszeit) sein. Aha hat 1.200 pro Jahreszeit, also insgesamt 3.600 Stichproben ziehen lassen, was die Rechtssicherheit sicherlich steigen lässt.

Soviel zur Vorgeschichte.

Im Herbst 2019 hat die Geschäftsführung von aha auf unsere Rückfrage hin erste Signale gegeben, dass mit der neuen Gebührenkalkulation neben der Notwendigkeit der Weitergabe der allgemeinen Kostensteigerungen bei der vorgesehenen Umstellung auf den reinen Volumenmaßstab manche Kunden Gebührensteigerungen von über 60 Prozent erwarten müssten.

Zu diesem Zeitpunkt haben wir beraten, dass dies mit der SPD nicht zu machen sei. Und, dass wir dann den bisherigen Maßstab, der Bemessung nach Volumen und spezifischem Gewicht, bevorzugen würden, weil die Steigerungen für bestimmte Gruppen sich im Rahmen halten, wenn gleichzeitig das Min-

destvolumen auf fünf Liter pro Person pro Woche gesenkt wird. Damit würde man auch Anreize zur besseren Trennung und Senkung der Restmüllmenge schaffen.

Dies war immer die Forderung der Bürgerinnen und Bürger (siehe Bürgergutachten) gewesen und die Koalitionäre SPD und CDU haben die Umsetzung bis 2021 auch so vereinbart.

Die Beibehaltung von Volumen und spezifischem Gewicht hat natürlich die Folge, dass man die Werte der 3.600 Stichproben auch als Durchschnittswerte bei der neuen Kalkulation berücksichtigen muss.

Bei den Stichproben hat sich herausgestellt, dass insbesondere im 20 Liter Sack sowie in der 60 Liter-Tonne unverhältnismäßig mehr spezifisches Gewicht entsorgt wird, als bisher in unserer Satzung festgeschrieben.

Für die 60 Liter-Tonne ergab dies eine Steigerung von ca. 23 Prozent; beim Restmüllsack, für den bisher gar kein eigener Wert in der Satzung festgeschrieben war, eine Steigerung von 18 Prozent.

Wenn man diesen Maßstab, Volumen mal spezifisches Gewicht, gerecht umsetzen will und damit eine Satzung vor Gericht sicherer machen möchte, dann geht kein Weg an der Veränderung bei einzelnen Behälterarten – auch beim 20 Liter Restmüllsack – vorbei. Das heißt aber nicht, dass er abgeschafft wird, sondern die Restmüllmenge darin wird gerecht entsorgt nach demselben Maßstab, wie bei anderen Behältern. Insgesamt ergeben sich mit der

allgemeinen Kostensteigerung dann die neuen höheren Gebührenwerte für einzelne Behälterarten.

Eine Erhöhung insbesondere bei diesen Behältergruppen wird allerdings wieder sehr erträglich, wenn das Mindestvolumen gleichzeitig verringert wird. Gerade die Nutzer der Restmüllsäcke haben immer die Verringerung des Mindestvolumens eingefordert. Mit dieser Satzung setzen SPD und CDU dies nun ebenfalls um. Mit dieser Verringerung des Mindestvolumens leisten wir als Region Hannover auch einen Beitrag zum Klimaschutz. Und ich möchte betonen, dass fünf Liter Mindestvolumen der geringste Wert in Deutschland bei vergleichbaren Bemessungsmethoden ist.

Mit unserem Antrag vom Juni wollen wir weitere (kostenneutrale) Serviceverbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger einführen: den so genannten Partysack als 40 Liter-Sack, auch nutzbar, wenn die grauen Restmüllsäcke am Ende des Jahres bei Nutzern ausgegangen sind. Und einen Laubsack, der jeweils im Herbst als biologisch abbaubarer Sack – möglichst zu realen Kosten, also möglichst ohne Quersubventionierung über die restliche Gebühr – nutzbar ist.

Wie SPD und CDU versprochen haben, werden wir mit diesen heutigen Beschlüssen auch die O-Tonne wieder abschaffen, die sich in der letzten Zeit nach Veränderungen in den Bundesgesetzgebung nur noch zum Kostentreiber entwickelt hat.

Impressionen 2019

- 1 Informationsbesuch zum Gemeindenotfallsanitäter in Oldenburg
- 2 Neues Foto der SPD-Regionsfraktion Hannover
- 3 Fachgespräch Ausbildungslotsen
- 4 Besuch beim Pro Active Center (PACE) in Neustadt
- 5 Rundgang auf der Ideen Expo
- 6 Gemeinsame Bereisung der Ausschüsse für Regionalplanung, Naherholung, Metropolregion und Europaangelegenheiten sowie für Umwelt und Klimaschutz in den Deister
- 7 Veranstaltung der Fraktion: Forum Brennstoffzelle ‚Wasserstoff – Treibstoff für die Verkehrswende?‘
- 8 Fraktion vor Ort: Die SPD-Regionsfraktion Hannover war zu Gast in Neustadt am Rübenberge
- 9 Informationsbesuch bei der BBS 14 in Groß-Buchholz
- 10 Haushaltsklausur der SPD-Fraktion
- 11 Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der SPD-Fraktion an der Regionrundfahrt



Impressum

Herausgeberin:
 SPD-Regionsfraktion Hannover
 Hildesheimer Straße 20 | 30169 Hannover
 fon: 0511/616 - 22192 | fax: 0511/616 - 22498
 eMail: spd@regionsversammlung.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de
 Verantwortlich:
 Silke Gardlo | Fraktionsvorsitzende
 Bildnachweis Titel (Holzstern):
 MichaelJBerlin / photocase.de